

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und
Kommunikation
Generalsekretariat
Bundeshaus Nord
Kochergasse 10
3003 Bern

12. Juli 2005

Änderung des Postorganisationsgesetzes Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf über die geplante Änderung des Postorganisationsgesetzes Stellung nehmen zu können.

Die Schweizerische Post muss auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben. Denn nur eine wettbewerbsfähige Post garantiert letztendlich auch längerfristig den Erhalt sicherer Arbeitsplätze und für ihre Kundschaft befriedigende und marktgerechte Dienstleistungen. Die dazu notwendigen politischen Eckwerte für die weitere Entwicklung des Postwesens in der Schweiz sind bereits festgelegt und zwar so, dass die Post unternehmerisch handeln kann.

Mit der nun zur Diskussion stehenden Forderung der parlamentarischen Kommission, wonach die Post zu verpflichten sei, in ihrer Organisation und in Bezug auf ihre Produktionsstruktur der regionalen Vielfalt des Landes Rechnung zu tragen, wird sich die Post auf eine vertretbare Gratwanderung zwischen betriebswirtschaftlicher Optimierung und regionalpolitisch zweckmässiger Ausgestaltung des "Service Public" begeben müssen.

Wir unterstützen deshalb die geplante Änderung des Postorganisationsgesetzes. Im Interesse einer langfristig – gegenüber anderen nicht durch regionalpolitische Auflagen belasteten Mitbewerbern – wettbewerbsfähigen Schweizerischen Post AG soll die Vielfalt der Regionen aber nur insofern berücksichtigt werden, als es betriebswirtschaftlich Sinn macht. Erhebliche Abweichungen von einem betriebswirtschaftlichen Optimum müssten der Post anderweitig, z. B. über Finanzausgleichsmittel, abgegolten werden. Ansonsten würde der Post eine nachteilige Quersubventionierung peripherer Regionen auferlegt, was marktwirtschaftlich systemwidrig wäre.

Wir erwarten, dass unsere Überlegungen in der weiteren Diskussion berücksichtigt werden.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Walter Straumann

Landammann

sig. Dr. Konrad Schwaller

Staatsschreiber